

Kein Handelsabkommen mit dem Besatzer Marokko

5 Am 10. Dezember 2015 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Handelsab-
kommen zwischen der EU und Marokko annulliert. Zur Begründung heißt es: Die
gesetzliche Hoheit Marokkos über die Westsahara sei international nicht als recht-
mäßig anerkannt und könne damit nicht Gegenstand eines Handelsabkommens
zwischen der EU und Marokko sein. Die SPD Bremen fordert von der Bundesregie-
10 rung eine Prüfung aller bestehenden Abkommen und Verträge mit Marokko so-
wohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene auf Konformität mit dem
EuGH-Urteil. Weiter fordern wir den Parteivorstand auf, das Thema Referendum
auf dem nächsten Parteikonvent zu behandeln.

15 Wir begrüßen den Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion „Einsatz für die Flüchtlin-
ge aus der Westsahara fortsetzen – Referendum durchsetzen!“